

Braunkohle Stopp – Hambacher Wald bleibt Gerechten Strukturwandel aktiv angehen

Wir sind Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Wir setzen uns ein für menschenwürdige Arbeitsbedingungen und gute Entlohnung. Wir wissen, dass die Mehrheit der Bevölkerung darauf angewiesen ist, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Deshalb sind uns die Arbeitsplätze der Beschäftigten in der Kohle- und der Autoindustrie nicht gleichgültig. Aber klar ist auch: wenn die Vorgabe des Pariser Klimaschutzabkommens eingehalten werden soll, braucht es einen schnellen Ausstieg aus der Kohleverstromung, zu allererst aus der Braunkohle, da sie der größte Klimakiller ist. Wir setzen uns innerhalb der Gewerkschaften für eine aktive Rolle in Klimaschutzfragen ein, weil sie letzten Endes dafür sorgen müssen, dass es sozialverträgliche Regelungen, mit der Erarbeitung entsprechender Beschäftigungsalternativen, für die Beschäftigten in den betroffenen Bereichen geben muss.

HAMBI BLEIBT!

Seit dem 12. September lässt die Nordrhein-Westfälische Landesregierung im Auftrag von RWE mit einem riesigen Polizei- und Materialaufwand den Hambacher Wald räumen. Dabei wird wenig bis keine Rücksicht auf Natur und Menschen genommen. Es werden Spezialkräfte eingesetzt, um die Baumbesitzer*innen aus ihren Baumhäusern zu holen und Demonstrant*innen unter Androhung von Gewalt aus dem Wald fern fernzuhalten. Sogar der sonntägliche Waldspaziergang unter Leitung des Försters Zobel, soll verboten werden, obwohl alle Waldbesitzer verpflichtet sind, den Wald für die Bevölkerung zugänglich zu halten.

„REDEN STATT RODEN“

Selbst die Gewerkschaft der Polizei hat schon in der ersten Woche den von der Landesregierung angeordneten Polizeieinsatz kritisiert und verlangt „Reden statt Roden“. Der Landesverband von ver.di-NRW fordert die Landesregierung auf, die Rodungen zumindest so lange auszusetzen, bis die sogenannte Kohlekommission ihr Ergebnis vorgelegt hat. Die Gewerkschaft IG BCE steht allerdings unverrückbar an der Seite von RWE und der Landesregierung. Sie setzt sich vermeintlich für den Erhalt von Arbeitsplätzen ein, von

denen jede*r weiß, dass sie angesichts des Klimawandels nicht mehr vertretbar sind. Zudem hetzt sie gemeinsam mit RWE und Innenminister Reul gegen die „kriminelle“ Klimagerechtigkeitsbewegung, in der sich überwiegend junge Menschen um das Leben auf unserem Planeten sorgen.

UMDENKEN, UMLENKEN - JETZT!

Es ist nicht die Schuld der Arbeitnehmer, dass es so weit gekommen ist, sondern Ergebnis einer jahrzehntelang verfehlten Energiepolitik und Versäumnissen auf gewerkschaftlicher Seite, ausgehend von einer Ideologie des ewigen Wachstums. Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter verstehen uns als Teil der Klimabewegung und wenden uns gegen das Auspielen von Ökologie und Arbeitsplätzen. Allein in der Solar- und Windenergieindustrie wurde ein Vielfaches an Arbeitsplätzen geschaffen verglichen mit denen in der Kohleverstromung. Durch die von der Bundesregierung verursachten Verlangsamung des Ausbaus der erneuerbaren Energien werden momentan aber wieder Tausende von Arbeitsplätzen vernichtet. Wo bleibt der Aufschrei gegen diesen Arbeitsplatzverlust? Wir sind für eine aktive, zukunftsweisende Gestaltung des Strukturwandels in den Braunkohlerevieren, die nicht zu Lasten der Beschäftigten und Anwohner*innen gehen darf und fordern die Abkehr von einem Wirtschaftsmodell, das unseren Planeten verheizt.

Deshalb sind wir am 6. Oktober dabei, wenn in Kerpen-Buir für den Erhalt des Hambacher Waldes und den Ausstieg aus der Braunkohle demonstriert wird.

